

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radenornwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wlth. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 173

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 81.—
monatlich M. 27.—

Halver

Mittwoch, den 26. Juli 1922

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite
80 Pfg., auswärts 1 M., im Reklameteil 1 mm Höhe
und 90 mm Breite 3.— M.
Offerten-Verlegung 3.— M.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Frankreich scheint in der Reparationsfrage nachzugeben. Eine Konferenz zwischen Poincaré und Lloyd George in Bezug auf Anleihe und Moratorium soll am 1. August in London stattfinden.

* Die Gehälter und Löhne der Reichsbeamten und Arbeiter werden um 24 Prozent für Juli und um 34 Prozent für August erhöht.

* Die Meinungsverschiedenheiten in Bayern über das Gesetz zum Schutze der Republik haben zu einer Sprengung der bayerischen Regierungskoalition geführt. Der demokratische Minister Hamann ist aus dem Kabinett ausgetreten.

* Der Parteitag der Unabhängigen, der über die Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien entscheiden soll, ist zum 1. Oktober nach Gera einberufen.

* Das amerikanische Kriegsministerium hat den Plan des Generals Pershing über die Bildung einer Nationalmiliz als Ergänzung des kleinen stehenden Heeres gebilligt und bereitet die entsprechenden Gesetze vor.

Die Antwort der deutschen Regierung.

Annahme der Forderungen für die Dauer des Zahlungsaufschubs.

Berlin, 23. Juli. Die gestern dem Präsidenten der Abordnung des Garantiefomitees in Berlin übergebene Antwortnote des Reichskanzlers vom 22. Juli hat folgenden Wortlaut:

Herr Präsident!

In Erwiderung des Schreibens des Garantiefomitees vom 18. d. M., durch das mir das Ergebnis der Beratungen des Garantiefomitees mit den deutschen Vertretern über die vom Wiederherstellungsausschuss gewünschte Nachprüfung der Einnahmen, der Ausgaben und der schwebenden Schuld, sowie über die Maßnahmen gegen die Kapitalflucht und wegen der staatlichen Erhebungen mitgeteilt worden ist, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Trotz der schweren Belastung, welche die vorgesehenen Maßnahmen in Deutschland bedeuten, will die deutsche Regierung es auf sich nehmen, sie für die Dauer des Zahlungsaufschubs auszuführen. Wenn sie sich hierzu nach eingehender Überlegung entschlossen hat, so war für sie die Erwägung bestimmend, daß durch die im Memorandum vorgesehenen Maßnahmen, die in dem Notenwechsel vom 21. März bis 14. Juli behandelten Fragen ihre abschließende Regelung finden, und daß damit gleichzeitig für den Wiederherstellungsausschuss die Grundlage einer Entschließung geschaffen wird, welche der gefährlichen wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands, wie sie in der Note vom 12. Juli dargelegt ist, Rechnung trägt. Die deutsche Regierung geht davon aus, daß die im Memorandum erwähnten Maßnahmen über die Nachprüfungen in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen zur Ausführung gelangen werden, welche bei der Abfassung der Bestimmungen leitend waren, nämlich Wahrung der Souveränität des Reiches, Aufrechterhaltung des unge störten Ganges der Verwaltung und Schutz des Steuer- und Geschäftsgeheimnisses.

Was die Bekämpfung der Kapitalflucht anlangt, so sieht die deutsche Regierung sich gezwungen, die Notwendigkeit zu betonen, daß die Entschließung des Obersten Rates der verbündeten Mächte vom 13. August 1921 jetzt durchgeführt wird. Sie bittet das Garantiefomitee, in geeigneter Weise darauf hinzuwirken.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung

gez. Wirth.

An den Herrn Präsidenten des Garantiefomitees, Paris.

Krisis in Bayern.

Zu der Zuspitzung der Lage in Bayern, die besonders durch das im Reichstag angenommene Gesetz zum Schutze der Republik beeinflusst erscheint, wird uns von einem unterrichteten gemäßigten Politiker geschrieben:

Man überlegt sich diesmal in München recht gründlich, was man tun soll. Ob die „Volksseele“ auch lockt, alle Männer, die mit politischer Verantwortung beauftragt sind, suchen ruhig Blut zu bewahren und erst nach reiflicher Erwägung aller Möglichkeiten zu unabänderlichen Entschlüssen vorzuschreiten.

So eilen Nachrichten, die schon von vollendeten Tatsachen zu berichten wissen, den Dingen voraus; erst im Laufe dieser Woche sind endgültige Entscheidungen zu erwarten, von denen jedoch jetzt schon angenommen werden muß, daß sie in Berlin keine Freude erregen werden. Denn von einer glatten Unterordnung unter die letzten Beschlüsse des Reichstages will in Bayern keine der an der Regierung beteiligten oder überhaupt für sie in Betracht kommenden Parteien etwas wissen. Allenfalls die äußerste Linke steht auf dem Boden dieser Forderungen. Aber die Sozialdemokratie spielt in Bayern keine maßgebende Rolle, kaum daß sie, wie die Dinge dort liegen, auch nur zurzeit als regierungsfähig anerkannt wird. Den größten Einfluß im Lande besitzt die Bayerische Volkspartei, die auch mit dem Grafen Lerchenfeld die Mehrheit der gegenwärtigen Minister gestellt hat; sie hat gegen den Inhalt der neuen Reichsgesetze zum Schutze der Republik im Grunde genommen nicht viel einzuwenden; den Stein des Anstoßes bietet für sie die Reichsexekutive, die sich jetzt zum erstenmal über die Landes-

polizei- und Landesjustizhoheit aus Gründen, die nur einmal in Berlin für durchschlagend gelten werden, hinweggesetzt hat. Deshalb ist der Gedanke entstanden, zwar den Inhalt der neuen Gesetze auf dem Verordnungswege auch für Bayern zu übernehmen, seine Durchführung aber den bayerischen Landesbehörden vorzubehalten. Man will sich für diesen Weg auf den Artikel 48 der Reichsverfassung berufen, wird aber doch wohl zugeben müssen, daß der gleiche Artikel die Reichsinstanzen berechtigt, Bestimmungen zum Schutze von Ruhe und Ordnung für das ganze Reich zu erlassen, und daß, wenn dies geschehen ist, die entsprechende Befugnis der Landesgewalten zurücktreten hat. Um einen Konflikt also würde man, wenn dieser Weg beschritten würde, nicht herumkommen. Denn man weiß, daß gerade viele der in Berlin gefaßten Beschlüsse aus Mißtrauen gegen Bayern entstanden sind, daß aber die Ausschaltung der bayerischen Zuständigkeit für viele Maßnahmen der Reichsinstanzen die treibende Kraft gewesen ist. Aber dem Widerspruch der Bayerischen Volkspartei gegen die glatte Annahme der neuen Reichsgesetze schließt sich auch der bayerische Landesverband der deutschen Volkspartei ausdrücklich an, und daß die eigentliche Rechte auch in Bayern die Reichsexekutive in diesen Dingen ablehnt, versteht sich am Rande. Nur die Demokraten scheinen entschlossen zu sein, sich, wenn es gar nicht anders geht, auch in diesem Falle zu fügen, und ihr Austritt aus der gegenwärtigen Koalition dürfte mit dem bereits erklärten Rücktritt des Handelsministers Hamann aus dem Kabinett bereits so gut wie entschieden sein.

Danach ergibt sich die Wahrscheinlichkeit einer Verschiebung der gegenwärtigen Regierungskoalition nach rechts mit einer entsprechenden Umbildung des Ministeriums, und für diesen Fall darf wohl damit gerechnet werden, daß Graf Lerchenfeld als Ministerpräsident an der Spitze der Regierung verbleibt. Denn daß auch für ihn die neuen Gesetze so, wie sie aus Reichstag und Reichsrat hervorgegangen sind, als unannehmbar gelten, hat er durch seinen Berliner Gesandten so laut und so nachdrücklich erklären lassen, daß er sich nun wohl unmöglich in die trotzdem gefaßten Beschlüsse fügen kann. Wenn auch die Haltung des bayerischen Bauernbundes der überwiegenden Stimmung des bayerischen Volkes Rechnung tragen sollte, so würde es der nach rechts erweiterten Regierung in der Landesversammlung jedenfalls an der für gewisse Fälle notwendigen Zweidrittelmehrheit nicht fehlen.

Damit wären wir wieder einmal an einem Wendepunkt unserer staatlichen Geschichte angelangt. Zweifellos besteht auf beiden Seiten der beste Wille, einen offenen Bruch zwischen Berlin und München zu verhüten. Zweifellos glauben beide Teile auch das, was sie tun, im Interesse des richtig verstandenen Gedankens der Reichseinheit tun zu müssen. Unter Herrn v. Kahr war man gleichfalls schon wiederholt so weit gekommen, daß ein Konflikt unmittelbar gegeben schien; damals ist er vermieden worden, bald durch Nachgiebigkeit von dieser, bald von jener Seite. Graf Lerchenfeld wußte auch in Berlin sich den Ruf eines gemäßigten Staatsmannes zu begründen. Wenn trotzdem auch er jetzt den Weg der Verständigung mit den Reichsinstanzen verlassen zu müssen glaubt, so darf diese Tatsache ganz gewiß nicht leicht genommen werden. Denn ob er, wenn er sich zum Rücktritt gezwungen sähe, einen Mann zum Nachfolger erhielte, mit dem ein leichteres Verhandeln möglich wäre, ist bei den Stimmungen in Bayern wohl kaum anzunehmen. Und die Notwendigkeit einer Reichsexekutive gegen den größten deutschen Bundesstaat wird sicherlich auch dem entschiedensten Einheitspolitiker in Berlin nichts weniger als erwünscht erscheinen.

So bleibt, wenn man auf eine vernünftige Betrachtung der Dinge nicht verzichten will, auch diesmal kein anderer Weg übrig, als nach einer Verständigung zwischen ihnen und drüber zu suchen. Eine Aufgabe, bei der gewiß auch die vermittelnde Hand des Reichspräsidenten sich wohlthuend bemerkbar machen könnte.

Straßen-Unruhen in München.

Eine Gruppe von 60 jüngeren Leuten durchzog unter Absingung von antisemitischen Liedern einige Münchener Straßen und pöbelte den zufällig vorbeikommenden Landtagsabgeordneten Auer an. Erhebungen über die Aufwiegler sind eingeleitet. Einige Stunden später durchzog ein Zug von Leuten, die die Arbeitermarxisten fangen, die gleichen Straßen. Mit Rücksicht auf diese Vorkommnisse hat die Polizeidirektion angeordnet und ihre Sicherheitsorgane angewiesen, künftighinzüge, die zur Nachtzeit in ruhestörender oder provozierender Art die Straßen durchziehen, anzuhalten und die Teilnehmer festzunehmen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Um die Wahl des Reichspräsidenten.

Verschiedentlich wurde die Nachricht verbreitet, die Demokraten beabsichtigten, beim Wiederzusammentritt des Reichstages einen Antrag einzubringen auf Verlängerung der Amtsperiode des Reichspräsidenten um zwei Jahre. Diese Behauptung wird von beteiligter Seite als mit all ihren weiteren Einzelheiten völlig aus der Luft gegriffen erklärt. Die Regierungsparteien im Reichstag sind erst vor kurzer Zeit dahin übereingekommen, daß im Herbst nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages der endgültige Termin für die Wahl des Reichspräsidenten festgesetzt werden soll. An diesem Beschluß hat sich nicht das mindeste verändert.

Die unerfüllbaren Kohlenforderungen der Entente.

Zu dem kürzlich bekanntgewordenen Programm der Reparationskommission für die deutschen Kohlenlieferungen wird halbamtlich bemerkt, daß fortentworfene dringende verlangten Erleichterungen gegenüber dem bisherigen Programm nicht eingetreten sind. Mangelhaft ist die Ermäßigung durchaus unzureichend, indem die deutsche

Forderung auf Verabreichung des Steins um rund 600 000 Tonnen nur zu einem Drittel berücksichtigt sind. Diese Forderung war wohl begründet durch den Verlust Oberschlesiens und den Rückgang der Ruhrförderung, die zusammen einen monatlichen Kohlenverlust von 3 325 000 Tonnen ergeben. Indem das neue Programm, angesichts der verhältnismäßig geringen Kohlenbasis, die deutsche Wirtschaft noch stärker belastet als das bisherige, dessen Undurchführbarkeit die Praxis schon erwiesen hat, läßt das Diktat der Reparationskommission die im Friedensvertrage vorgeschriebene Berücksichtigung der deutschen Wirtschaft völlig vermissen. Nach dem Urteil aller Sachverständigen ist die Erfüllung des neuen Programms unmöglich.

Reichseisenbahnrat.

Der Landes-Eisenbahnrat Berlin nahm die Wahl der Mitglieder und Stellvertreter für den Reichseisenbahnrat vor. Es wurden gewählt: Als Mitglieder der Reichseisenbahngesellschaft, Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer, Direktor Bielmeier, Vertreter von Industrie und Gewerbe, Kommerzienrat Dr. Manasse, Vertreter für Handel und Schifffahrt, Fideikommissbesitzer Graf von der Schulenburg, Vertreter der Landwirtschaft und Forstwirtschaft. Als Stellvertreter wurden gewählt: Postinspektor Katté, Kommerzienrat Zielenziger, Fabrikbesitzer Dr. Töpfer, Direktor Blume.

Rundgebungen gegen den Krieg.

Am kommenden Sonntag, den 30. Juli, finden in 200 Städten Deutschlands anlässlich der achten Wiederkehr des Tages des Kriegsausbruches Rundgebungen für den Weltfrieden unter der Parole: „Nie wieder Krieg!“ statt. Am 29. und 30. Juli werden ähnliche Veranstaltungen auch in England, Frankreich, Holland, Österreich, den Nachfolgestaaten, Skandinavien, in der Schweiz, in Portugal und in den Vereinigten Staaten von Amerika vor sich gehen.

Die „Partei der Mitte“.

Der Vorstand der deutschen Zentrumspartei erläßt einen Aufruf „für die große christliche Partei der Mitte“. Die Zentrumspartei hat die Absicht, sich zu einer großen und starken Mitte auszuwachsen. Bei den nächsten Wahlen wird das Zentrum eine größere Anzahl nichtkatholischer Kandidaten aufstellen, ohne Rücksicht darauf, ob diese eine entsprechende Anzahl von Wählern ihres Bekenntnisses hinter sich haben.

Polen.

X Demonstrationen gegen Korfanty. Bei einer Demonstration, die in Katowitz von den sozialistischen Parteien gegen die Ministerpräsidentenschaft Korfantis veranstaltet wurde, kam es zu Zwischenfällen. Parieigänger Korfantis versuchten, den Demonstrationenzug zu sprengen. Nach einem Handgemenge befielen die Demonstranten die Oberhand, und die Demonstration konnte zu Ende geführt werden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der 22. Weltfriedenskongreß der Friedensgesellschaften findet vom 25. bis 29. Juli 1922 in London statt und wird sich in der Hauptsache mit den Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas und demokratischer Kontrolle der auswärtigen Politik befassen.

Berlin. Reichstagsabgeordneter Hagmann-Osnabrück, der nach dem Tode des Abgeordneten Burtage für den Wahlkreis Weser-Ems in den Reichstag eintrat und gleichzeitig dem preussischen Landtag angehört, hat sein Reichstagsmandat niedergelegt. An seine Stelle tritt der obdunburgerische Landtagsabgeordnete Rasche in den Reichstag ein.

Magdeburg. Der Reichspräsident wird am 28. Juli Magdeburg und die Mitteldeutsche Ausstellung besuchen.

Halle. Obwohl die Stadt Halle noch nicht 200 000 Einwohner zählt, ernannte die Regierung mit der Begründung, daß eine staatspolitische Notwendigkeit vorliege, einen Polizeipräsidenten für die Stadt Halle, und zwar den ehemaligen Kölner Polizeipräsidenten, den Reichstagssozialisten Runge.

Tiflis. Der durch Bündnisvertrag zwischen den Sowjetrepubliken Georgien, Armenien, Aserbeidschan vom 12. März geschaffene transkaukasische Bundesstaat ist ins Leben getreten.

Washington. Die Delegierten von Chile und Peru haben endgültig den Schiedsspruch von Staatssekretär Hughes angenommen, durch den die seit langer Zeit schwebende Tacna-Arica-Frage geregelt wird.

Londoner Konferenz am 1. August.

Poincarés Rückzug in der Reparationsfrage.

Die dem Präsidenten des Garantiefomitees schon in Berlin überreichte Antwortnote des deutschen Reichskanzlers bestätigt in ihrem Wortlaut die schon bekannte Einwilligung der deutschen Regierung zu den Vorschlägen der Kommission zur Finanzüberwachung und Regelung.

In Paris scheint plötzlich der bisher so hartnäckige Widerstand der dortigen Regierung gegen jeden Versuch, eine Lösung der jetzigen unhaltbaren Lage für Deutschland herbeizuführen, etwas nachgelassen zu haben. Es ist bekannt geworden, daß neue Vorbesprechungen über die Reise Poincarés nach London im Gange sind und daß Poincaré sich bereit erklärt hat, am 31. Juli nach England zu reisen, so daß die Verhandlungen am 1. August beginnen können.

Aus den Blättern geht hervor, daß England eine neue, scheinbar sehr dringende Anfrage wegen der Reise Poincarés an die französische Botschaft in London gerichtet hat. Die Antwort Poincarés ist der englischen Regierung durch den Botschafter in London übermittelt worden. Man wartet jetzt auf die Zustimmung Englands zu den Reiseplänen. Als ein Nachgeben Poincarés wird die amtliche Havas-Mitteilung betrachtet, daß die Instruktionen Poincarés an Dubois gar nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen seien und keineswegs das letzte Wort der französischen Regierung darstellten.

Das sehr erhebliche Einkommen der französischen Regierungsgewinnüber der letzten, sehr energischen Maßnahmen Eng-

lands wird durch einen Leitartikel des „Tempo“ bestätigt, der alle Wendungen der Politik Poincarés mitmacht. Das Blatt teilt mit, Frankreich werde selbst beantragen, daß zunächst die August- und Septemberzahlungen Deutschland erlassen werden sollen. In dieser Zeit sollen noch einige ergänzende Reformen von Deutschland gefordert und zugleich das Bankierkomitee zur sofortigen Wiederbesprechung der internationalen Anleihe für Deutschland einberufen werden. Das Zustandekommen der Anleihe werde dann Deutschland ein mehrjähriges Moratorium bringen.

Gegen die Politik der Gewalt.

Aufruf an die Arbeiter der Welt.

Die in Amsterdam tagende Konferenz der gewerkschaftlichen und sozialistischen Internationalen hat einen Aufruf an die Arbeiter der Welt beschlossen, in dem es u. a. heißt: Der Ruin Deutschlands bedeutet den wirtschaftlichen Zusammenbruch Europas. Es liegt deshalb im Interesse des Weltproletariats, die deutsche Republik zu unterstützen und ihr beizustehen. Deutschland kann berechnete Reparationsverpflichtungen nur erfüllen, wenn internationale Kredite die Genesung seiner Wirtschaft ermöglichen. Die Politik der Entente treibt Deutschland jedoch in den Bankrott. Die Politik der Gewalt gibt nur Anlaß zu neuen Kriegen. Die internationalen Schulden müssen revidiert werden. Nur auf diesem Wege erscheint die Durchführung einer großen internationalen Anleihe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas möglich. Um diesen Zweck zu erreichen, wenden sich die drei Exekutiven an die öffentliche Meinung aller Länder und insbesondere Amerikas. Die Konferenz erwartet von den Vereinigten Staaten, daß sie zur Wiederherstellung des Weltfriedens mithelfen, um die zerrüttete Wirtschaft Europas wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Mit dem System der militärischen Okkupationen muß gebrochen werden. Vor allem sind die militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen von 1921 unverzüglich aufzuheben. Unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker verurteilen die Exekutiven nachdrücklich alle Kontrollmaßnahmen, die die Souveränität der deutschen Republik bedrohen, sie des Rechts berauben, ihre inneren ökonomischen und sozialen Angelegenheiten in voller Freiheit zu ordnen.

Der ökonomische Wiederaufbau und der Weltfrieden erheischen, daß die Arbeiter aller Länder mit all ihrer Kraft kämpfen. Angesichts seines finanziellen Zusammenbruchs gegen die Reaktion und für die allgemeine Abrüstung muß Deutschland das verlangte Moratorium gewährt werden, bis durch eine unparteiische Untersuchung seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit festgestellt ist oder Vorbereitungen getroffen werden für den Abschluß einer internationalen Anleihe.

Beamtengehälter für Juli und August.

Zulagen von 24 und 34 Prozent.

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenverbänden über die Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter haben zu einer Verständigung geführt.

Unter Berücksichtigung einerseits der Steigerung der Lebenshaltungskosten, andererseits aber der ersten Finanzlage des Reiches einigte man sich vorbehaltlich der Zustimmung des Reichskabinetts und der gesetzgebenden Körperschaften bei den Beamten- und Angestelltenbezügen dahin, daß der allgemeine Teuerungszuschlag vom 1. Juli um 55 Prozent, also von 105 auf 160 Prozent, vom 1. August um 80 Prozent, also auf 185 Prozent, erhöht wird. Das bedeutet eine Erhöhung der bisherigen Gesamtbezüge für Juli um rund 24 Prozent und für August um rund 34 Prozent. Entsprechend dieser Regelung erfolgt die Erhöhung der Arbeiterlöhne. Die Auszahlung der erhöhten Bezüge wird mit größter Beschleunigung erfolgen.

Zeichnung der Zwangsanleihe.

Ämtliche Bestimmungen.

Im Juli können die Zeichnungen für die nunmehr Gesetz gewordene Zwangsanleihe noch zu den billigsten Sätzen geschehen. Später steigen die Sätze von Monat zu Monat. Die wichtigsten Grundzüge des Gesetzes sind:

Zeichnungsfrist.

a) Alle Deutschen mit Ausnahme derer, die seit dem 1. Januar 1921 sich dauernd im Auslande aufhalten und im Inlande

keinen Wohnsitz haben; b) Nichtdeutsche, wenn sie im Deutschen Reich einen Wohnsitz oder des Erwerbs wegen oder länger als sechs Monate ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben; c) juristische Personen und nicht rechtsfähige Personenvereinigungen, deren Sitz oder Ort der Leitung im Inlande liegt, insbesondere Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften a. A., Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Bergwerksvereinigungen, Genossenschaften und andere.

Die betroffenen Vermögen.

Das Vermögen mit dem Wert am 31. Dezember 1922. Vermögen bis zu 100 000 Mark sind frei. Frei sind ferner Vermögen bis zu 300 000 Mark, wenn sie hauptsächlich aus Kapitalvermögen bestehen und das für 1921 festgestellte Einkommen 40 000 Mark nicht übersteigt. Bei über 60 Jahre alten oder erwerbsunfähigen Rentnern erhöht sich die Freigrenze bis auf eine Million Mark, wenn das Einkommen 60 000 Mark nicht übersteigt.

Wieviel ist zu zeichnen?

Von den ersten 100 000 Mark 1 Prozent, von den nächsten 150 000 Mark 2 Prozent, von den nächsten 250 000 Mark 4 Prozent, von den nächsten 250 000 Mark 6 Prozent, von den nächsten 250 000 Mark 8 Prozent, von den weiteren Beträgen 10 Prozent. Beispiele: 100 000 Mark Vermögen nichts, 200 000 Mark Vermögen 3000 Mark Zwangsanleihe, 300 000 Mark Vermögen 6000 Mark, 400 000 Mark Vermögen 10 000 Mark, 500 000 Mark Vermögen 14 000 Mark, 600 000 Mark Vermögen 20 000 Mark, 700 000 Mark Vermögen 26 000 Mark, 800 000 Mark Vermögen 33 000 Mark, 900 000 Mark Vermögen 41 000 Mark, 1 000 000 Mark Vermögen 49 000 Mark.

Zahlungstermine.

Man muß zahlen zwei Drittel der Zwangsanleihe bei Abgabe der Vermögenssteuererklärung (Januar 1923), spätestens bis zum 28. Februar 1923, und den Rest zwei Monate nach Zustellung des Bescheides. Man kann aber schon im Voraus zahlen. Die Vorauszahlung ist mit Vorzugszinsen verbuhten.

Zeichnungspreis.

Wenn man im Juli 1922 zahlt 94 Prozent, im August 1922 96 Prozent, im September 98 Prozent, im Oktober oder November 100 Prozent, im Dezember 101 Prozent, im Januar 1923 102 Prozent, im Februar 104 Prozent, vom März 1923 an 106 Prozent. Beispiel: Wer im Juli 1922 50 000 Mark Zwangsanleihe zeichnet, hat dafür 50 x 94 = 47 000 Mark zu zahlen.

Zahlstellen.

Bei der Reichsbank sowie den Banken und Bankiers, die dem Zentralverband für Bank- und Bankiergewerbe angeschlossen sind; bei den im Deutschen Zentralgiroverband und bei den im Deutschen Sparkassenverband organisierten Girozentralen, Sparkassen und Kommunalbanken; bei den den Revisionen des Deutschen Genossenschaftsverbandes angehörenden Kreditgenossenschaften, bei den Zentralkassen der landwirtschaftlichen Genossenschaften, bei der Landwirtschaftlichen Zentraldarlehenskasse Berlin und deren Zweigstellen und Hauptgeschäftsstellen.

Zahlungssart.

Man füllt einen Zeichnungsschein, den man bei den genannten Annahmestellen erhält, aus, zahlt den Betrag oder überweist ihn und erhält dafür eine Quittung. Zeichnungen ohne Zahlung werden nicht angenommen. Im Zeichnungsschein ist mit anzugeben, in welchen Beträgen und wo man die Stücke ausgehändigt wünscht. Es werden Stücke über 1000, 2000, 5000, 10 000 und 50 000 Mark ausgegeben. Einzahlen kann man nur einen durch den jeweiligen Zeichnungsskurs teilbaren Betrag, also im Juli einen durch 94, im Oktober einen durch 100, im Februar 1923 einen durch 104 teilbaren Betrag.

Allgemeines.

Für die im Kalenderjahr 1922 erfolgenden Vorauszahlungen ist es nicht erforderlich, daß jemand sein Vermögen genau errechnet. Vielmehr wird dies auch gar nicht möglich sein, weil der Stand des Vermögens am 31. Dezember 1922 zurzeit noch nicht veranschlagt werden kann. Aberdies werden die Steuerkurse für die Wertpapiere und Nichtlinien für die Bewertung des Grund- und Betriebsvermögens erst in einiger Zeit herausgegeben werden. Niemand braucht aber bis zu dem Erlaß dieser Bestimmungen mit der Zeichnung zu warten. Es genügt vielmehr, daß jemand sein Vermögen überschläglich schätzt und danach seine Vorauszahlung einrichtet. Die Vorauszahlung liegt im eigenen Interesse des Einzelnen, da er sich den günstigen Vorzugszinsen sichert. Wer zuviel vorauszeichnet sollte, erhält übrigens den zuviel gezahlten Betrag mit 5 Prozent Zinsen erstattet.

Soziales und Provinzielles.

Halver, den 26. Juli 1922.

□ Vom guten Willen. Wer es ernst meint mit der Pflicht gegen seine Mitmenschen muß, trotz aller Enttäuschungen und Kränkungen, immer wieder den hohen, moralischen Mut aufbringen, allem Unsauberen, Unehrlichen und Bösen mit ernster Würde entgegenzutreten. Nicht durch Worte ist unser Volk zu retten, sondern allein durch Tat und Vorbild. Abgesehen von denen, die lieber vor ihrer eigenen Tür kehren sollten, gibt es doch viele Befähigte und berufene Kulturpioniere unter uns, aber manche verzweifeln an sich selbst und an den Menschen, sie erleben, wie ihr Beispiel überleben oder falsch aufgefaßt wird,

und daß sie statt des erwarteten Dankes nur Spott und Hohn ernten. Der Mensch dienen will, der rechnet nicht auf Dank, und jeder tut genug, der sein Bestes leistet; über den Erfolg seines Dienstes am Nächsten sollte sich niemand den Kopf zerbrechen. Es kommt darauf an, recht viele gesunde Kräfte in unserem Volk zur Entwicklung zu bringen, um ein Gegengewicht gegen die ungeheuren Kräfte zu schaffen. Wie der Ausgleich zustandekommen wird, das zu bestimmen liegt nicht in unserer Hand, aber es kommt, und zwar umso schneller, je mehr freiwillige Helfer sich in den Dienst der Sache stellen und Bekenner durch die Tat werden. Schöne Worte sind genug geflossen, aber wir versinken darüber immer tiefer im Elend. Wir haben ein Leck in unserem Schiff, das ist nicht mit Worten zu verstopfen, und wenn die Männer, die die Pumpen bedienen können, weiter reden statt zu handeln, dann freilich können auch wir zugrundegehen, die wir uns einst mit Stolz nannten „das Volk großer Arbeit“.

— * **Rein Strafporto mehr!** Nach der Postordnung darf bekanntlich ein Strafporto in der doppelten Höhe des fehlenden Betrages erhoben werden. Da dies oft mehrere Mark ausmacht, wird meist die Annahme verweigert, und die Post hat viele Arbeit davon. Deshalb sind die Postämter dazu übergegangen, ungenügend freigemachte Briefe dem Absender behufs Nachfreimachung zuzustellen, soweit der Absender ohne Öffnung des Briefes zu ermitteln ist. Es empfiehlt sich also in Zukunft, alle Briefsendungen mit der Absenderanschrift zu versehen.

— * **Anmeldung von Hengsten zur Körung.** Auf die Anmeldung von Hengsten zur Körung, die bis spätestens zum 1. 8. d. Js. bei der Landwirtschaftskammer zu erfolgen hat, wird an dieser Stelle nochmals besonders hingewiesen. Die Anmeldung hat nach dem von der Landwirtschaftskammer vorgeschriebenen Muster zu erfolgen. Mit der Anmeldung muß unbedingt der Abstammungsnachweis (Zohlenschein) und die Anmeldegebühr gleichzeitig mit Postanweisung an die Hauptkass der Landwirtschaftskammer eingezahlt werden.

Meinerzhagen, 25. Juli. Schwerer Einbruchsdiebstahl. In der Fabrik des Karl Plate in Desterfeld ist wieder ein schwerer Einbruchsdiebstahl verübt worden. Die Diebe sind durch Eindringen eines Fensters in den Fabrikraum gelangt. Gestohlen wurden 2 Treibriemen, 15 Teilen mit Heften. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Brackebiel, 25. Juli. Schwerer Verlust. Ein hiesiger Händler kaufte vor kurzem auf dem Markte zu Dortmund zwei wertvolle Pferde von einem Händler, der die Tiere seit 14 Tagen in Dortmund eingestallt hatte. Sch. bezahlte die Pferde teils bar, teils mit einem Scheck. Am anderen Tage erhielt Sch. die Mitteilung, daß die von ihm gekauften Pferde in Flensburg gestohlen worden seien.

Brackebiel, 25. Juli. Lebensmitteldiebstahl. Hier wurde in einem Hause der Frankfurterstraße ein Einbruchsdiebstahl verübt. Die Diebe drangen durch ein Kellerfenster in die Hauskammer und nahmen mit was sie an eingelegten Eiern; Butter Wurst usw. vorfanden. Die Täter sind unbekannt.

Hagen, 24. Juli. Die Neuportker Bankfirma Carlson, Sohn & Co. hat es übernommen, eine Anleihe von 50 Millionen Mark der Stadt Hagen auf den Neuportker Markt zu bringen. Die Bedingungen sind dieselben wie bei der Elberfelder Anleihe.

Hagen, 24. Juli. Die Lungenseuche des Rindviehes ist in den Regierungsbezirk Arnberg eingeschleppt worden, ohne daß es bisher gelungen ist, den Einschleppungsweg ausfindig zu machen. Der Bestand eines Gutes im Werte von 550 000 Mark ist bereits abgeschlachtet worden; der zweite Bestand im Werte von 900 000 Mark erfolgt in Kürze.

Dortmund, 24. Juli. 50 000 Mark Belohnung. Der Oberstaatsanwalt hat auf die Ergreifung der beiden Täter, die am 15. Juli, vormittags zwischen 10 und 11 Uhr, den Oberlandjäger Jaskowski in einem Gehölz in der Nähe von Brambauer durch mehrere Pistolenschüsse getötet haben, eine Belohnung von 50 000 Mark ausgesetzt.

Dortmund, 24. Juli. In Mail bei Reddinghausen machten heute nacht blaue und grüne Polizeibeamte Jagd auf die betüchtigten Gebrüder Brag, die im Verdacht stehen, den Oberlandjäger Jaskowski in Brambauer am

„Allerdings, Fräulein Jutta! Und deshalb auch schien es mir ganz unmöglich, daß das schöne u. stolze Fräulein von Eggert sich mit einem so kümmerlichen Dasein begnügen würde, an der Seite eines Mannes, der gesellschaftlich und an Bildung so tief unter ihr steht. Ihre Jugend und Schönheit würde bald verfließen, im Kampf ums Dasein schnell verwelken! Ein trauriges Los für ein Wesen, das nur zu einem glänzenden Leben geschaffen ist. Das habe ich mir immer von neuem als Ihre Meinung vorgehalten, und doch —“

„Wer sagt Ihnen denn, daß ich aufgehört habe, so zu denken?“ fragte sie mit zuckenden Lippen.

Er hob die Schultern.

„Je nun, die Liebe ändert jeden Menschen! Und der Herr Oberförster ist außerdem dem Förster Berger sehr geneigt. Das läßt sogar die Väterlichkeit einer solchen Verbindung ertragen.“

Sie fuhr bei seinen Worten zusammen; auf ihrem Antlitz kam und ging die Farbe; stürmisch hob sich ihre Brust. Eine tiefe Kälte stand zwischen den beiden Augenbrauen. Sie schienen nachzudenken.

Und er wählte seine Worte so vorsichtig; jedes davon mußte dieses verwöhnte Mädchen in seiner Eitelkeit tödlich verletzen! Er kannte die Frauen...

Jutta hob den Blick und sah ihn entschlossen an.

„Ich wiederhole: es ist alles Wahnsinn, was Sie fasseln. Kein Wort ist wahr!“ sagte sie kalt.

„Dann geben Sie doch Beweise davon, daß Förster Berger Sie nichts angeht!“

Frugend sah sie ihn an. Er entgegnete langsam: „Ich wüßte wohl einen solchen — doch fragt es sich, ob Sie ihn geben wollen oder vielmehr geben können.“

„So fordern Sie ihn doch! Sie werden sehen, daß mir Förster Berger ganz gleichgültig ist — ganz gleichgültig,“ wiederholte sie mit Nachdruck. „Daß gar kein Anlaß ist zu den unfinnigen Vermutungen.“

„Es liegt in Ihrer Hand, diesen Gerüchten entgegenzutreten — mit einem Schläge.“

„Wie soll ich das? Ich kann doch nicht zu jedem ins Haus gehen und sagen, es ist nicht wahr, was ihr denkt.“

Fortsetzung folgt.

Mag auch die Liebe weinen...

Roman von Fr. Lehne.

57 (Nachdruck verboten)

Ihr Trost versagte; sie konnte nicht aufbrausen, wie sie sonst so leicht getan. Sie sentte den Blick vor seinem überlegenen Lächeln, und sie ließ es geschehen, daß er die Hand auf die Leutstange ihres Nades legte und es über den kleinen Graben führte, der hinter den Häusern sich hinzog. Auf dem schmalen Wiesenweg waren sie ungeführt und unbelauscht — und wurden doch von allen Seiten im Dorfe gesehen...

„Was wollen Sie mir? Wohin führen Sie mich? Mama wartet,“ sagte sie unwillig.

„Ich will sie nur bitten, gnädiges Fräulein, in Ihrem eigenen Interesse, etwas vorsichtiger zu sein. Ich meine es gut mit Ihnen.“

Er sprach langsam, mit Betonung; es war ihm ein tödliches Verhängnis, ihre nur mühsam beherrschte Ungebild zu sehen:

„Wenn Sie weiter in Rätseln sprechen, wird mir das langweilig, Herr von Hellwig.“

„Sollten Sie mich wirklich nicht verstehen?“

Nein! rief sie ungehalten, „und ich habe auch keine Lust, Ihre Rätsel zu lösen. So viel Geist besitze ich gar nicht.“

„Dann muß ich mich allerdings etwas deutlicher ausdrücken. Also — Ihre offensbare Vorliebe für den Revierförster Berger ist allgemein bekannt.“

„Wer sagt das?“ Sie war sehr erregt, das Blut stieg ihr ins Gesicht. Er suchte die Achseln und sein lauernder Blick zeigte ihm, daß er auf dem richtigen Wege war, daß kein Verbach sich feststellte. Ihre Unsicherheit verriet sie, es war für ihn ein leichtes, alles zu erraten.

Bestimmter fuhr er fort:

„Wer das sagt? Sie wissen doch selbst, wie Gerüchte entstehen — das ganze Dorf ist voll davon! Der Herr Förster selbst soll sich gerührt haben, daß Sie ihm — nachlaufen. Pardon, gnädiges Fräulein, ich sehe, wie dieses brutale Wort Sie beleidigt. Doch es ist so. Mein Vater selbst wunderte sich sehr, daß Jutta von Eggert Gefallen an einem — wie soll ich sagen, ich finde nicht gleich das richtige Wort — daß Sie also an einem Mann mit einem Unterbeamten Gefallen oder

Vergnügen haben! Man findet das sehr seltsam, um nicht zu sagen, lächerlich.“

Juttas Atem ging stürmisch. Mit Mühe hielt sie die Tränen zurück — ihre Hände ballten sich zu Fäusten.

Lächerlich!

Das Wort tat seine Wirkung, brannte wie ähen-des Gift.

„Es ist nicht wahr!“ rief sie außer sich, „nicht wahr ist es. Mein Gott, weil Papa ihn öfter einladet, weil ich seine Schwester gern habe — da sagt man, ich laufe ihm nach! Empörend ist das.“

„Ich sage es nicht, gnädiges Fräulein, aber —“

„Es ist Lüge!“ widersprach sie heftig, alle Vorsicht vergebend, „das sagt Erich nicht.“

Triumphierend leuchtete es in seinen wasserblauen Augen auf. Jetzt hatte sie sich selbst verraten. Glühend rot war sie geworden; sie biß sich auf die Lippen, und schen streifte ihn ihr Blick. Doch klug überhörte er diesen Einwurf. Jetzt hieß es, seinen Vorteil wahrzunehmen! Seine Eifersucht war also auf dem richtigen Wege gewesen...

„Gnädiges Fräulein, ich verstehe Sie ganz gut. Förster Berger ist wohl ein Mann, dem ein Mädchenherz entgegenliegen muß. Er ist ein schöner Mann, ein geistvoller Mann. Das läßt schon seine niedrige Stellung übersehen. An seiner Seite würde jedes Mädchen die Mächtigkeit des Dichtervortreffes erproben können: „Mann ist in der kleinsten Hütte für ein glücklich lie-bend Paar!“ Voller Hohn war seine Stimme. „Ich kann es ganz gut begreifen.“

„Aber ich nicht!“ rief Jutta hervor.

„Sie haben den Beweis vom Gegenteil gegeben. Ich wollte Ihnen schon meine untertänigsten Glückwünsche zur Verlobung darbringen — Ihnen und Ihren Eltern.“

Jutta bebte vor Aufregung. Wie war das nur möglich, daß ihr so streng gehütetes Geheimnis doch offenbar geworden war? Wenn das die Eltern erfüh-ren! Der sonst so gültige Vater konnte fürchtbar in seinem Zorn sein. Sie lachte krampfhaft auf.

„Das ist ja alles Wahnsinn, was Sie da sagen, Herr von Hellwig! Da muß ich lachen — ich denke, Sie kennen mich doch.“

Forderungen der Deutsch-Amerikaner.
New York. Der dritte deutsch-amerikanische Nationalkongress nahm eine Reihe von Resolutionen an. Hervorzuheben sind folgende: Die Regierung und der Kongress der Vereinigten Staaten sollen die größte Unterstützung machen, um eine sofortige Revision der Verträge von Versailles und St. Germain herbeizuführen. Die Regierung der Vereinigten Staaten soll die Zurückziehung der schwarzen Truppen aus dem besetzten Deutschland durchsetzen. Die Regierung der Vereinigten Staaten soll sich mit ihren einstigen Alliierten aus dem Kriege ins Einvernehmen setzen, damit im ersündlichen Augenblick die Befreiung deutschen Bodens ausföhrt.

Der wilde Seemannsstreik in Stettin.
Berlin. Der Polizeipräsident von Stettin gibt über den dortigen Streik bekannt, daß die ganze Bewegung keinen gewerkschaftlichen Charakter trägt, sondern den eines wilden Streiks. Etwa 400 Mann beteiligten sich daran. Die Gewerkschaften lehnen jede Unterstützung ab. Die Lage ist ruhig. Man hofft auf einen baldigen Zusammenbruch.

Schweres Unwetter im Rhein- und Maingebiet.
Mainz. Über das Rhein- und Maingebiet ging ein schweres Unwetter nieder. Die heftigen Regenschauer hatten erhebliche Ernteschäden im Gefolge.

Die jetzigen Kosten einer Südamerikareise.
DA Rotterdam. Infolge des weiteren Fortschreitens der Marktenwertung haben die nach Südamerika verkehrenden deutschen Schiffsahrtlinien sowie der königlich holländische Lloyd die Fahrpreise für die dritte Klasse nach den Häfen Südamerikas wie folgt erhöht: 12.000 Mark für einen Platz im Bohnbeck, 15.000 Mark für einen Kabinenplatz.

Keine Einreiseerlaubnis für Deutsche, Österreicher oder Ungarn.
DA London. Aus den von der englischen Regierung herausgegebenen statistischen Nachprüfungen über die Ein- und Ausreise von Ausländern im Jahre 1921 ist zu entnehmen, daß keinem Deutschen, Österreicher oder Ungarn während des ganzen Jahres 1921 die Erlaubnis des Arbeitsministers zur Übernahme einer Erwerbstätigkeit in Großbritannien erteilt worden ist. Es ist bisher auch noch kein Fall bekannt geworden, daß im Jahre 1922 eine solche ausnahmsweise Zulassung erfolgt ist.

Noch keine Lösung der polnischen Krise.
DA Warschau. Man ist von einer Lösung der polnischen Krise noch immer weit entfernt. Einen Augenblick lang schien es, als ob das Eingreifen des Abgeordneten Witos den Ausweg aus dem parlamentarischen Wirrwarr zu weisen vermocht hätte. Witos schlug nämlich im Auftrag der Linksparteien den Parteien der bürgerlichen Mitte vor, eine parlamentarische Regierung aus Vertretern der Linken und des Zentrums zu bilden, jedoch unter Ausschluß der auf dem äußersten linken Flügel stehenden Sozialisten. Inzwischen fand der Vorschlag bei den in Frage kommenden Parteien unerwarteterweise keine Gegenliebe. Damit ist die politisch-parlamentarische Situation wieder vollkommen ungeklärt.

Gespannte Lage in Budapest.
DA Budapest. Die Verfassung des Oberleutnants Hossas hat den Entscheidungsschritt zwischen Regierung und den terroristischen Rechtsradikalen in Ungarn entfacht. Die Erwachenenden Ungarn wollen die Verfassung ihres Führers selbstverständlich nicht dulden und vertrieben in Tausenden von Exemplaren eine Flugchrift, in der sie Hossas als den größten Feind des christlichen Volkes und als Opfer demokratischer Blutsinger bezeichnen. Das Flugblatt schließt mit der feierlichen Versicherung, die Dementierung ihres Führers nicht zu dulden und ihn aus dem Kerker zu befreien. Die Flugchrift wurde von der Polizei beschlagnahmt, ihre Verbreiter festgenommen.

Verhärfung der ungarisch-jugoslawischen Beziehungen.
DA Belgrad. Die Beziehungen zwischen Ungarn und Jugoslawien haben in der letzten Zeit wieder einen stark unfreundlichen Charakter angenommen. Der Belgrader Regierung liegen zahlreiche Nachrichten darüber vor, daß die Drangsalierungen in Ungarn lebender jugoslawischer Staatsangehöriger oder solcher Personen, die für Jugoslawien optiert haben, sich häufen. In einzelnen Ortschaften ist es sogar Optanten gegenüber zu schweren Ausschreitungen gekommen. So wurden in Sanova in der Nähe von Baja Optanten körperlich mißhandelt, ihre Frauen genötigt. Die ungarische Regierung macht keine Anstalten, diesen Serbenverfolgungen Einhalt zu gebieten.

Serbiens amerikanische Anleihe.
Belgrad. Die amerikanische 100-Millionen-Anleihe ist nach lebhafter Debatte, die zeitweise in Enthusiasmus ausartete, in der Stupschina mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen worden. Der Finanzminister betonte noch einmal, daß die Anleihe nur produktiven Zwecken diene, in erster Linie dem Ausbau des Verkehrsnetzes.

Das Ende der russischen Hungersnot?
New York. In etwa vierzehn Tagen soll hier eine Konferenz zwischen Hoover und den Führern der Dackler stattfinden, um festzustellen, ob im nächsten Winter noch eine Fortführung des amerikanischen Hilfsverses in Rußland nötig ist. Die von den Amerikanern aus Rußland eingelangten Berichte sollen sehr günstig lauten.

Neue Hege gegen die Deutsch-Amerikaner.
DA Chicago. Die „Chicago Tribune“ veröffentlicht an leitender Stelle und in auffälliger Form einen Artikel „Organisiertes Fremdentum“, der seinem ganzen Inhalt nach nichts anderes als eine wüste Hege gegen den von dem bekannten deutsch-amerikanischen Schriftsteller Georg Sylvester Viereck gegründeten „Deutsch-amerikanischen Bürgerbund“ darstellt. Insbesondere wendet sich der Artikel gegen die Unterstützung gewisser Senatskandidaten durch den genannten Bund. Schließlich werden alle amerikanischen patriotischen Vereinigungen, wie z. B. die amerikanische Legion, gegenüber dem „Deutsch-amerikanischen Bürgerbund“ ganz besonders auf der Wacht zu sein und dieser Art von „antverschäntem organisiertem Fremdentum“ schärfstens entgegenzutreten.

Englische Drohungen gegen Ägypten.
Kairo. General Allenby richtete an den ägyptischen Ministerpräsidenten Sarwat Pascha eine Note, worin er sich über die Unfähigkeit der Regierung beklagt, die letzten vorgetommenen Morde aufzuklären. Die englische Regierung werde möglicherweise gezwungen sein, das ägyptische Problem neuerdings in Beratung zu ziehen!

Australische Sorgen um Deutschland.
Melbourne. Auf eine Anfrage im Parlament, ob etwas geschehen werde, um die australische Hüttenindustrie gegen die deutsche Konkurrenz zu schützen, erklärte der Ministerpräsident Hughes, die Regierung sei sich über die Gefahr klar und werde alles Notwendige tun.

Welt- und Volkswirtschaft.

Was kosten fremde Werte?

(„Brief“ = angeboten. „Geld“ = gesucht.)

Währungsplätze	24. 7.		22. 7.		Stand 1. 8. 14
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Dolland 100 Gulb.	19375.49	19374.60	19725.30	19774.70	170 Mk.
Dänemark 100 Kron.	10851.49	10488.01	10911.30	10988.70	112
Schweden 100 Kron.	13008.70	13011.30	13183.50	13216.50	112
Norwegen 100 Kron.	8514.30	8535.70	8564.25	8585.75	112
Schweiz 100 Frank	—	—	967.85	9722.15	72
Amerika 1 Dollar	502.37	503.61	507.86	509.14	4.40
England 1 Pf.	2237.20	2242.80	2262.15	2267.85	20.20
Frankreich 100 Frank	4224.70	4235.30	4254.63	4265.35	80
Belgien 100 Frank	4019.95	4030.05	4019.95	4030.05	80
Italien 100 Lire	2337.05	2342.05	2357.05	2392.05	80
D.-Österr. 100 Kron.	1.63	1.67	1.92	1.42	85
Ungarn 100 Kron.	81.98	82.04	81.96	82.04	85
Tschechien 100 Kron.	1086.60	1089.40	1088.60	1091.40	85

Berlin, 24. Juli. Polenmark an der heutigen Börse 8.30 Pf.

* Berliner Produktenbörse vom 24. Juli. Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse pro 50 Kilogramm ab Station: Weizen, märkischer 1190—1203. Feist. Roggen, märkischer 865—873. Feist. Sommergerste 1025—1050. Feist. Hafer, märkischer 1000—1025. Feist. Mais ohne Probenienzangabe prompt 865—875 ab Hamburg, loco Berlin 915—920. Feist. Weizenmehl per 100 Kilogramm frei Berlin 2900—3150. Feinste Marken über Notiz bezahlt. Feist. Roggenmehl per 100 Kilogramm frei Berlin 2050—2225. Feist. Weizenkleie frei Berlin 700. Feist. Roggenkleie frei Berlin 700—710. Feist. Raps 1900—2000. Feist. Leinöl 1900—2000. Feist. Erbsen, Marika 1350—1500, kleine Speiseerbsen 1100—1225, Futtererbsen 1000—1025, Pelusischen 1000—1025, Aderbohnen 1000 bis 1025, Wicken 900—1100, Lupinen, blaue 650—750, do. gelbe 950—1100, Rapskuchen 735—765, Leinsamen 1100—1175, Erbsenknittel 640—660, vollwertige Zuckerknittel 700—760, Zorimelasse 30-70 440—460 M. — Rauhfutter. (Nichtamtlich.) Großhandelspreise per 50 Kilogramm ab Station: drahtgepreßtes Roggen- und Weizenstroh 205—230, desgl. Haferstroh 205—235, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 190—220, gebündeltes Roggenlangstroh 205—235, looses und gebünd. Krummstroh 170—190, Häfel 270—285, handelsübliches Heu 370—410, gutes Heu 410—480 M.

* Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 24.—30. Juli d. Js. zum Preise von 1900 Mark für ein 20-Markstück, 950 Mark für ein 10-Markstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. — Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 40fachen Betrag des Nennwertes.

* Neue Steigerungen der Kohlenpreise werden angekündigt und zwar um mindestens 300 bis 350 Mark die Tonne, nachdem die letzte Lohnerhöhung eine Steigerung der Kohlenpreise um rund 300 Mark die Tonne zur Folge gehabt hatte. Die geplante Erhöhung wird begründet mit den Lohnforderungen der Bergarbeiter, die bei den in Berlin stattfindenden neuen Lohnverhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft für den Ruhrbergbau eine weitere Erhöhung der Vergarbeiterlöhne um 60 bis 80 Mark für die Schicht beantragt.

* Abnahme der Schweinezahl in Preußen. Am 1. Juni hat in Preußen (ohne das Saargebiet) von Staats wegen eine Schweinezählung stattgefunden. Der Schweinebestand beträgt rund 8.700.000 Schweine, hat also im Vergleich zum 1. Dezember 1921 um 1.750.000 Stück abgenommen. Die Verminderung ist beträchtlich, die Schlachtreifen, über 1/2 Jahr alten Schweine sind von rund 3.2 Millionen auf 1.4 Millionen, die Ferkel um rund 1.25 Millionen Stück zurückgegangen. Die Abnahme ist in erster Linie auf Schlachtungen zurückzuführen, die in der Zwischenzeit sehr zahlreich waren. Wie aus der Trichinenschau zu ersehen ist, sind allein in den Monaten Dezember, Januar, Februar und März 3.800.000 Schweine der Trichinenschau unterworfen worden, während es in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres nur 3.300.000 Stück waren. An Zuchttauen sind diesmal rund 900.000 Stück und an Ebern 55.000 Stück gegen 905.000 Sauen und 61.000 Eber im Dezember 1921 ermittelt worden, während sich in früheren Jahren eine Zunahme gezeigt hatte. Der Rückgang der schlachtreifen Schweine in der Zeit vom Dezember bis Juni ist an sich nichts Ungewöhnliches; immerhin ist er diesmal auffallend groß. Bedenklich erscheint es, daß der Verminderung nicht wie in früheren Jahren ein verstärkter Nachwuchs gegenübersteht.

* Berliner Nahrungsmittelpreise. Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab Station: drahtgepreßtes Roggen- und Weizenstroh 205—230, do. Haferstroh 205—230, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 185—210, Roggenlangstroh 205—230, looses und gebündeltes Krummstroh 170—190, Häfel 260—285, handelsübliches Heu 380—420, gutes Heu 420—490 M.

* Butterpreise in Berlin am 22. Juli. Die Butternoteurkommission notierte 1. Qualität 90 M., 2. Qualität 82 bis 86 M.

* Keine Maffaronieinfuhr mehr. Wie man hört, hat die Einfuhr italienischer Maffaroni, die noch bis vor nicht langer Zeit recht ansehnlich war, unter dem Einfluß der Baluta jetzt völlig aufgehört. Die in Deutschland verkauften Maffaroni sind jetzt nur noch deutschen Ursprungs. Im Gegensatz zu Italien, das seine Ausfuhr verloren hat, führen wir jetzt in großen Mengen Maffaroni aus. Allerdings baut sich die deutsche Teigwareindustrie jetzt auf Verwendung ausländischen Weizens von viel höherem Mehlgehalt auf.

* Die Dünung der Seen. Der Leiter der Hydrobiologischen Anstalt der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Plön, Professor Dr. M. Thienemann, hat sich die Aufgabe gestellt, die Gewässer zu düngen, um den Fischbestand an Zahl und Güte zu heben. Er will den natürlichen Stoffwechsel im Wasser und dessen Einfluß auf das Leben und Gedeihen der Fische planmäßig untersuchen und dann beherrschten lernen.

* Abnahme der Goldgewinnung. Im Jahre 1913 wurde auf der ganzen Erde Gold im Werte von 460 Mill. Dollar gewonnen, seitdem sank die Goldgewinnung stufenweise bis 320 Mill. im Jahre 1921. Der Ausfall der russischen Produktion läßt sich stark fühlen. Die beträchtliche Abnahme der australischen Produktion ist ebenfalls sehr auffallend. Gegenüber 1910 und 1911 ist diese auf ein Viertel gesunken, von 65 Millionen auf 15 Millionen. Die Leistung der Vereinigten Staaten sank gegenüber der Vorkriegsproduktion beinahe auf die Hälfte. Das weitestläufige Gebiet, Südafrika, zeigt zwar auch Rückgänge, die aber prozentual geringer sind als die auf den erwähnten Gebieten. Daß trotz dieses ständigen Rückganges sich der Goldvorrat der Notenbanken wesentlich erhöhte, ist auf den Umstand zurückzuführen, daß letztere während des Krieges und seither Gold aus dem Privatbesitz in großem Maße herausholten.

Kohlenbericht Elektrizitätswerk Marl.

Lagerbestand.			
Kraftwerk:	Herdecke	Elverdingen	Siefel
21. 7. 22.	371 t	550 t	693 t
22. 7. 22.	176 t	758 t	675 t
23. 7. 22.	176 t	758 t	675 t

Frauen-Schönheit
Verleiht ein rosiges, jugendliches Antlitz und ein zarter schöner Teint. Alles dies erzeugt die allein echte Steckenpferd-Seife die beste Lillienmilchseife von Bergmann & Co., Radebeul.

Drogie Carl Menke, Halver, Frankfurterstraße.
Herm. Köster, Galanteriewaren, Halver.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Statt besonderer Anzeige.



Es ist bestimmt in Gottes Rat, daß man vom Lebten was man hat, muß scheiden.

Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, unsere liebe Mutter, Grossmutter, Urgrossmutter, Schwiegermutter und Tante, die

Ww. Wilh. Backhaus

Luise geb. Hüttemeister

nach langem Erdenwallen von 80 1/2 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten:

Die Trauernden Hinterbliebenen.

Stöcken b. Kierspe, Lüdenscheid, Kalteneich b. Derschlag,
den 25. Juli 1922.

Auf Wunsch der Entschlafenen sind Kranzspenden und Grabgeleit dankend verboten.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Hinscheidens unseres teuren Entschlafenen, insbesondere für die reichen Kranzspenden, das zahlreiche Grabgeleit, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Pastor Meyer zu Theenhausen sprechen wir auf diesem Wege unseren

innigsten Dank

aus.
Familie Aug. Benninghaus.
Kierspe, den 25. Juli 1922.

Herzlichen Dank

für die aufrichtige Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Söhnchens. Besonderer Dank für die trostreichen Worte des Herrn Pastor Dr. Große-Dresselhaus.

Wilh. Cramer u. Frau.

Amt Halver. Schiedsmannswahl.

Für den Bezirk Bauerschaft Eichhofen bei Halver ist der Landwirt Ewald Wiebusch zu in der Bever als Schiedsmannstellvertreter wiedergewählt worden.

Die Geltungsdauer des Wohnungsmangelgesetzes und sämtlicher Verordnungen über Mieterrecht usw. sind bis zum 31. März 1923 verlängert worden.
Halver, den 20. Juli 1922. Der Amtmann.

Walter Schulte,

G. m. b. H. HAGEN I. W. G. m. b. H.
-- Fernruf 3173. --
Treibriemen-Fabrik. 1383

Kernleder-Treibriemen für jede Betriebsart. Riemenreparaturen

Baumwoll-, Kamelhaar- u. Balat-Treibriemen
Transportgurte und Förderband: Näh- und Binderriemen: Rund- und Kordel-Schnur
Handleder u. alle technischen Lederwaren.



Bettfedern
Bettbarchent

alles einzeln oder komplett, billig zu haben im

Bettengeschäft Boß,
Hagen, Gartenstr. 11.
Straßenbahnhaltestelle Markt.

la. Schwämme
empfiehlt
Wilh. Bell jr., Halver.

Große Viehversteigerung.

Wegen Zuchtänderung verkaufen wir **Donnerstag, den 27. Juli, vormittags 11 1/2 Uhr** an der Wirtschaft Scherl bei Meierzhausen gegen Barzahlung und bekannte Bürgschaft öffentlich an den Meistbietenden:
8 Milchkuhe,
11 Rinder,
1 prima schwerer Zuchtbulle,
1 7 jähr. mittelschwere Zuchstute,
1 10 jährige leichte Zuchstute,
1 2 1/2 jähr. Fuchstutfohlen,
2 1 jähr. Fuchstutfohlen,
2 Saugfohlen,
1 kastriert. Mastvee.
Gutsverwaltung Langenohl bei Meierzhausen.
Telefon 248

Hilfsarbeiter

Maschinenfellenbauer, Härterer, Sandhauer
zum Nachkippen gegen hohen Lohn per sofort gesucht.
Bernhard Mundorf,
Feilenfabrik,
Radevormwald,
Blumenstraße.